

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2012

Wolfgang Kersting: Wie gerecht ist der Markt? Ethische Perspektiven der sozialen Marktwirtschaft.

Hamburg: Murmann 2012, 280 S., ISBN: 978-3-86774-183-5

In Zeiten der Suche nach Orientierung sind diejenigen mit den guten Ratschlägen nicht fern. Das merkt derzeit auch der organisierte Teil des politischen Liberalismus, dem bei seinem Strampeln mal knapp über, mal knapp unter der Wasserlinie Empfehlungen zum zukünftigen Kurs wellenförmig entgegenschlagen. Leider beschränken sich viele dieser Empfehlungen auf taktische oder personelle Fragen, auf strategische Optionen oder holzschnittartig verkürzte demoskopiebasierte Erwägungen. Es wird sozusagen ausführlich über die Fahrtroute des Krankenwagens diskutiert, statt sich mit Anamnese und Diagnose bezüglich des Zustands des Patienten zu beschäftigen.

Aber es gibt auch hilfreiche Handreichungen. Wie schon in „Verteidigung des Liberalismus“ in 2009 widmet sich der Philosoph Wolfgang Kersting in seinem aktuellen Buch der derzeit nicht gerade von publizistischen Fanfarenstößen und breitem Applaus begleiteten Aufgabe, freiheitliche Prinzipien der modernen Gesellschaft darzustellen und gegen Angriffe und Fehleinschätzungen zu verteidigen.

Es geht in dem Buch um „das schwierige Verhältnis von Markt und Gerechtigkeit“, schreibt der Autor gleich zu Beginn. Die Zielrichtung der Argumentation wird rasch deutlich, wenn Kersting schon im Vorwort darauf hinweist, dass Rechtsstaat und Marktgesellschaft nur in begrenztem Umfang in der Lage sind, „Gerechtigkeit zu liefern“, und anprangert: „Eine überbordende Gerechtigkeitsrhetorik prägt das öffentliche Gespräch sozialstaatlicher Demokratien, den politischen Markt der Wählerbewirtschaftung und überzieht das Verteilungsgezänk der Gruppen mit einer moralsemantischen Glasur: Nie geht es um Interessen, immer geht es um Gerechtigkeit.“ Kersting will dagegen „den Begriff der Gerechtigkeit etwas genauer ins Visier“ nehmen. Und danach will er herausfinden, ob die zuvor vorgestellten und überprüften Konzeptionen von Gerechtigkeit „verkehrstüchtig oder verkehrsuntauglich“ sind.

Der Aufbau des Buches ist, recht verstanden, höchst geschickt. Die philosophische Grundlage wird ins Vorwort gepackt – dann hat man das schon mal erledigt. In der Einleitung folgt, als deren erster Teil, gleich eine sprühende Abrechnung mit der „einfältigen Neoliberalismuskritik“ und eine Qualifizierung des Marktes als „moralisches System“ sowie eine grundsätzliche Fundierung des Gedankens der „sozialen Marktwirtschaft“. So ist denn der nachfolgende Abschnitt auch „Auf dem Weg zur sozialen Marktwirtschaft“ betitelt – wer aber nun das Herunterbeten lang bekannter wirtschaftsliberaler Grundsätze erwartet, sieht sich schnell getäuscht: Schon das erste Kapitel des Abschnitts trägt die Überschrift: „Kritik des Wirtschaftsliberalismus“.

In diesem so betitelten „Ersten Teil“ des Buches stellt der Autor ausführlich die Grundlagen wirtschaftsliberaler Weltanschauung dar. Ausgehend vom Grundprinzip, dass „das marktwirtschaftliche Konkurrenzmodell der Ort (ist), wo die Selbstsucht zum Nutzen aller regiert“, werden Mandevilles „Bienenfabel“ und Adam Smiths „unsichtbare Hand“ dargestellt, ersteres als „Wechsel vom moralischen Diskurs in den ökonomischen Diskurs“, letzteres als „optimistische Metaphysik“, und beide als durchaus ambivalent. Ausführlich widmet sich Kersting den dann Aussagen von Rüstow und Röpke über das „Versa-

gen des Wirtschaftsliberalismus“, ihrer Kritik an der „Marktwirtschaft als Religion“, ihrer Darstellung der „Soziologieblindheit“ des Wirtschaftsliberalismus und dem Konzept des tatsächlichen „Neoliberalismus“ – besonders denjenigen, die den Begriff aktuell gegen die FDP wenden wollen, sei dies Kapitel nachdrücklich empfohlen. Schon die von Kersting so zusammengefasste Erkenntnis der „Abhängigkeit der Marktwirtschaft von fremden, in ihr nicht produzierten und von ihr nicht reproduzierten Kohärenzressourcen“ kann als Ausweis liberaler Sozialtheorie gelten.

Kersting wendet sich gegen eine – wie er schreibt – „einfältige Neoliberalismuskritik.“ Die Neoliberalen, so Kersting, „waren sich darüber klar, dass der Sozialstaat nicht eine Gegenwelt zum Kapitalismus bildet, sondern seine notwendige Konsequenz ist.“ Gleichmaßen aber sieht er, zumindest bei Röpke, den er namentlich erwähnt, einen Hang zu Modernitätsskeptizismus und Kulturpessimismus, „der nicht nur den Moralverzehr, sondern auch den sittlichen Atheismus, die Gottlosigkeit der Moderne, den durch die Säkularisierung freigelegten Himmel beklagt“, und eine „reduktionistische Wirklichkeits-sicht“. Diese sieht Kersting in den zeitlich nachfolgenden ordnungspolitischen Theorien von Eucken und Müller-Armack zwar abgeschwächt, den „Gedanken, dass Wettbewerbsordnung und Gerechtigkeitsordnung nicht deckungsgleich sein könnten“, sieht er jedoch auch in Euckens Denken als unterrepräsentiert an. Darin, und auch in der Fortentwicklung durch Müller-Armack, sieht Kersting lediglich einen „unausgearbeiteten sozio-moralischen Überzeugungshintergrund als Alltagskantianismus“.

Daraus folgt der zweite, einfach „Soziale Gerechtigkeit“ betitelte Teil des Buches, in dem Kersting nicht so abstrakt bleibt wie vorher, als er eher die Ansätze anderer Denker referiert hat. Er sucht den „dritten Weg zwischen Marktabsolutismus und Planwirtschaft“. Er sieht – unter gleichzeitigem argumentativem Abstand zum Sozialismus, was hier nicht näher dargestellt werden soll – die „Selbstregulationsüberzeugung des Wirtschaftsliberalismus“ als Illusion an, was auch von den „ökonomischen Ordnungsdenkern“ erkannt worden sei – die dann aber ebenfalls unklar geblieben seien. Denn sie „konnten sich nicht vorstellen, dass die Moderne selbst die normativen Materialien bereitstellen könnte, aus denen eine Ordnung für das menschliche Zusammenleben, auch für die menschliche Kooperation auf dem Markt gewonnen werden könnte.“

Kersting stellt, ganz Liberaler, zwei Gleichheitsbegriffe gegeneinander – einen, der sich der „Gleichheitsmehrung“, und einen, der sich der „Freiheitsmehrung“ verschreibt. Seine Präferenz liegt klar auf einer Definition sozialer Gerechtigkeit als Chancengleichheit im Dienste der Freiheit: „Es ist Aufgabe des Staates, für eine möglichst gleiche, Entwicklungsgleichheit ermöglichende Bereitstellung der institutionellen Voraussetzung privater, selbsttätiger Lebensführung zu sorgen.“ Als hinter dieser „Freiheitsfürsorge“ stehend betont er „die Einsicht, dass selbstbestimmte und eigenverantwortliche Lebensgestaltung, dass der Genuss von Freiheit und Freizügigkeit an materielle Voraussetzungen gebunden ist“. Diese „Konzeption einer freiheitsdienlichen sozialen Gerechtigkeit“ grenzt er klar ab von der „marktradikalen Position des ‚libertarianism‘, der jede Form von Sozialstaat ablehnt.“ Die „Sozialstaatlichkeitsdimension“ muss für ihn zwei Komponenten umfassen: „Zum einen die Einrichtung eines Ausbildungssystems, das es jedem gestattet, unabhängig von seinem sozialen Hintergrund seine Anlagen zu entfalten, seine Fähigkeiten zu entwickeln und sich mit Qualifikationen zu versehen, die seinen Talenten entsprechen; zum anderen eine einkommensneutrale Grundversorgung, also ein System von Wohlfahrtsrechten, die den Bedürftigen einen Anspruch auf ein hinreichend bemessenes, zur Befriedigung der basalen Bedürfnisse ausreichendes Ersatzeinkommen einräumen.“

Der Begriff der sozialen Gerechtigkeit ist also für Kersting – in deutlicher Abgrenzung zu Hayek – kein „Trugschluss“, denn: „Aus der Unmöglichkeit einer gerechtigkeitsethischen Globalsteuerung der Wirtschaft und Gesellschaft folgt nicht die Unzulässigkeit jeder Gerechtigkeitspolitik.“ Zusammengefasst

also: „Eine konsistente Politik der Freiheit hat nicht nur für die Sicherung der negativen Freiheit im Rahmen einer rechtsstaatlichen Gesetzesherrschaft zu sorgen, ihr obliegt auch die Aufgabe, die Bürger nötigenfalls mit den erforderlichen Selbstbestimmungsressourcen zu versehen; das heißt diejenigen Bürger, die von sich aus nicht über die Ermöglichungsbedingungen von Selbstbestimmung verfügen, mit eben solchen auszustatten.“

Das alles basiert auch weiterhin auf dem Marktgedanken. So schreibt Kersting: „Erst wenn die Bürger ein angemessenes Verständnis von Markt, Wirtschaft und Politik besitzen, wenn sie begreifen, dass der Markt selbst eine anspruchsvolle moralische Ordnung ist und Politik nicht Schicksalsausgleich, sondern lediglich Freiheitsdienst ist, der den Menschen die rechtsstaatlichen und sozialstaatlichen Voraussetzungen für eine selbstverantwortliche Lebensführung liefert, wird der freiheitliche, der Chancengleichheit verpflichtete Sozialstaat eine Verwirklichungschance haben.“

Es macht dem Autor sichtbar Spaß, den Leser in anspruchsvoller Fahrweise durch die Serpentina des Gebirges der liberalen politischen Philosophie zu fahren und dabei die Blickrichtung immer wieder zu ändern. „Das Soziale“, so schreibt Kersting, „ist das Bindemittel, das Gesellschaft und Markt verbindet; es ist der Ort, wo die Gesellschaftsfähigkeit des Marktes und die Marktfähigkeit der Bürger gesichert werden“. Mit solchen Sätzen sollte mehr als jeder zwanzigste Politikinteressierte erreicht werden können.

Berlin

Thomas Volkmann